



Betriebsräte der WAZ-Mediengruppe treffen sich

Gemeinsam Auftreten!

1

Essen. Eine hauptamtliche Konzern-Betreuung durch ihre Gewerkschaft und der erneute Versuch zur Bildung eines Konzernbetriebsrates – das steht ganz oben auf dem Wunschzettel von Betriebsräten der WAZ-Mediengruppe. Auf Einladung des dju-Landesvorstandes trafen sich Betriebsratsmitglieder der Essener Mediengruppe im ver.di-Haus in Essen.

Volker Dörken und Heinz-Gerhard Lützenberger vertraten die Westfalenpost, Malte Hinz, Bernd Kirchbrücher und Jörg Tuschhoff die Westfälische Rundschau (WR) und Sise Krause sowie Barbara Merten-Kemper die WAZ. Vertreter der NRZ waren nicht erschienen. Der dju-Landesvorstand war vertreten durch Frank Biermann, Martin Krehl und Udo Milbret, ferner nahmen die Fachbereichs-Sekretäre Michael Schulenberg (Münster) und Norbert Szepan (Dortmund) an dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch teil. Zu Gast war auch ein Vertreter des Betriebsrates der Braunschweiger Zeitungsgruppe.

Einhellige Meinung: Die 12.000 MitarbeiterInnen der WAZ-Mediengruppe an allen bundesrepublikanischen Standorten brauchen dringend einen hauptamtlichen Ansprechpartner innerhalb ihrer

Gewerkschaft ver.di. Malte Hinz, BR-Vorsitzender bei der WR und Sprecher des Bundesvorstandes der dju, will dies auch mit Nachdruck in Berlin vertreten. Dass Martin Dieckmann aus dem Bundesfachbereich beauftragt wurde, erneut die Chancen auf Bildung eines Konzernbetriebsrates auszuloten, begrüßte nicht nur Malte Hinz. „Die WAZ-Mediengruppe gibt ausreichend Vorlagen dafür, das es an vielen Stellen durchgreifende Hierarchien gibt“.

Dass es in der Vergangenheit schon mindestens dreimal erfolgreiche Versuche zur Bildung eines Konzern- und sogar Europa-Betriebsrates gegeben hat und dass nicht zuletzt Betriebsräte der Gruppe selbst mit Schuld am Scheitern dieser Versuche waren, wurde einmütig konstatiert.

Martin Krehl appellierte an die Betriebsräte, möglichst rasch Formen einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zu finden, statt sich einzeln den immer neuen Anforderungen ihres gemeinsamen Arbeitgebers zu stellen: „Gerade wenn es wieder nicht zu einem Konzernbetriebsrat kommen kann, ist das gemeinsame Auftreten möglichst aller Betriebsräte der WAZ-Mediengruppe umso wichtiger.“

Die neue Praxis der Mediengruppe RedakteurInnen unterschiedlicher Titel verstärkt in Gemeinschafts-

redaktionen arbeiten zu lassen, wurde von allen GesprächsteilnehmerInnen sorgenvoll kommentiert.

Bislang helfen die beispielsweise aus der WAZ an die NRZ „abkommandierten“ KollegInnen dabei, an verschiedenen Erscheinungsorten den Anschein aufrecht zu erhalten es gebe dort noch Medienvielfalt. So werden künftig nurmehr drei WAZ-RedakteurInnen in Dortmund den zugelieferten Rundschau-Lokalteil zu einer WAZ-Ausgabe umbauen. Ähnliches wird in Moers und Rheinhausen passieren. Es wurde befürchtet, dass dies der erste Schritt zur Aufweichung der publizistischen Besonderheiten der vier WAZ-Zeitungstitel sein kann. Dazu komme noch die „Gebietsbereinigungen“ mit den Mitbewerbern in den Verbreitungsgebieten der Mediengruppe.

Fortsetzung S.2

Inhalt

dju-Ringvorlesung an der
Sporthochschule Köln
Seite 2

Vergütungsregeln für Freie
Seite 3

Schwarzer Freitag für den
Bürgerfunk
Seite 4



Ringvorlesung an der Sporthochschule

Berufseinstieg - Chancen und Risiken

Köln. Die dju NRW bietet im Wintersemester 2007/2008 in Kooperation mit dem Institut für Sportpublizistik der Deutschen Sporthochschule Köln eine Ringvorlesung zum Thema „Berufsfeld Medien - Chancen und Möglichkeiten beim Einstieg in die Medienbranche“ an.

Am Institut für Sportpublizistik in Köln studieren im Schnitt rund 350 Studierende mit dem Berufswunsch Journalismus oder PR. Sie wollen bevorzugt beim Fernsehen Karriere machen, aber auch die neuen Medien rücken verstärkt in den Focus. Alternativ denken einige Studierende auch über einen Einstieg in die PR-Branche nach. Die Entwicklung der letzten Jahre geht nicht spurlos an den Studierenden vorbei: Immer mehr können sich eine Existenzgründung als freie JournalistInnen vorstellen.

Aber wie gelingt der Einstieg in den Traumberuf? Und was tun, wenn es nicht klappt?

Mediensekretärin Jutta Klebon vom ver.di-Landesfachbereich Medien und Jörg Birkel, dju-Landesvorstandsmitglied, bieten im Wintersemester 2007/2008 (Start Mitte Oktober) eine Ringvorlesung an. Alle zwei Wochen donnerstags ab 18:30 Uhr stellt ein Referent aus der Praxis die verschiedenen Möglichkeiten vor, die die Medienbranche bietet. Für die Veranstaltung sind jeweils 90 Minuten vor-

gesehen. Praxisnähe ist ausdrücklich vom Institutsleiter Professor Thomas Schierl gewünscht.

Die Studierenden sollen sehr konkret auf den Berufseinstieg nach dem Studium vorbereitet werden. Für die dju soll mit den Erfahrungen aus dieser Veranstaltungsreihe der Aufbau einer Hochschulgruppe in Köln versucht werden.

Vielleicht werden aus einzelnen Vorlesungsangeboten mal Tagesseminare für das Jahr 2008, die auch an anderen Hochschulen angeboten werden können.

Die Palette der Themen ist weit gefächert: vom Berufseinstieg über Alternativen zum Journalismus wie PR oder Öffentlichkeitsarbeit, von weblogs, RSS oder Online-Journalismus bis zur Werbebranche, von der Existenzgründung bis zur Vernetzung.

Die Veranstaltungsreihe an der Sporthochschule ist auch für Studierende anderer Fachrichtungen und Hochschulen offen.

Nähere Informationen bei jutta.klebon@verdi.de

Berufspraktische Beratung

„Bildung stöhrt nur“

Dortmund. Der dju-Bezirk Westliches Westfalen plant für den Herbst eine Neuauflage seines Weiterbildungsangebotes für Freie. Journalisten wie Schriftsteller, Künstler oder Fotografen – alle, die den Einstieg in die Selbstständigkeit wagen und etwas technisches und juristisches Rüstzeug brauchen, sind willkommen. Die Abende werden im ver.di-Haus gegenüber dem Hauptbahnhof in Dortmund stattfinden.

Angeboten werden Kurseinheiten zum Beispiel zum Aufbau einer eigenen Internetseite, zum Umgang mit

Photoshop und anderen Bildbearbeitungsprogrammen, Informationen zum Urheberrecht und dergleichen. Kursleiter und Referenten sind Praktiker aus dem dju-Bezirksvorstand.

Es wird eine Gebühr erhoben, die für dju-/ ver.di-Mitglieder verbilligt wird. Die Termine werden erst kurz vor den Sommerferien festgelegt und dann bekannt gegeben.

Wer sich vorab vormerken lassen möchte, kann sich bei martinkrehl@web.de quasi registrieren lassen und bekommt die Terminplanung zugemailt.

Fortsetzung Titelgeschichte

Viele Themenseiten aus der Essener Produktion laufen bereits in den Braunschweiger Titeln mit, das gemeinsame Redaktionsbüro für alle Gruppen-Titel in Brüssel, gemeinsame Internetauftritte und gemeinsame Wochenend-Beilagen deuteten darauf hin, dass die Geschäftsführung massiv nach Synergieeffekten sucht.

Bei den Braunschweiger Titeln gibt es bereits ein newsdesk, das die eindeutige Meinungsführerschaft hat und direkt in die Arbeit der Lokalredaktionen eingreift. Lokalsportredaktionen dort sind bereits weitgehend „outsourced“.

Freiwerdende Stellen in der Technik werden dort bereits ausschließlich durch entliehene Arbeitskräfte besetzt, im redaktionellen Bereich findet das noch nicht statt. Dafür musste die Redaktion auf eine Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit verzichten. Volontäre gibt es in Braunschweig ausschließlich als Beschäftigte der WAZ-eigenen Essener Journalistenschule Ruhr.

Besonders kritisch wurden die Kontakte der Chefredaktion zur Schwäbischen Zeitung registriert. Dort werden RedakteurInnen schon nach Leistung und Ertragslage ihrer Redaktionen bezahlt.

Für VG-Vertreter

Lokalfunk-Konferenz

Dortmund. Ein Treffen der gewerkschaftlichen Vertreter in den Veranstaltergemeinschaften (VGs) des Lokalfunk NRW findet am Donnerstag, 14. Juni 2007, ab 18.30 Uhr im ver.di-Haus in Dortmund am Hauptbahnhof statt.

Die Themen sind die Novelle des Landesmediengesetzes NRW, die Volpers-Studie zu PR und Werbung im Programm und die Tarifarbeit im Lokalfunk NRW 2007. Das Treffen dient auch dem allgemeinen Erfahrungsaustausch

Für ver.di NRW und den DJV NRW führen Jutta Klebon und Kajo Döhning durch die Veranstaltung, die etwa gegen 21.00 Uhr enden soll.



Honorare für hauptberufliche Freie in Printmedien

Kommt der verbindliche Branchenstandard?

Berlin. Feste Vergütungsregeln für freie Printjournalisten gibt es zur Zeit nur für die KollegInnen, die nach § 12 a des Tarifvertrages für arbeitnehmerähnliche freie Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen bezahlt werden. Und das sind bekanntlich nicht sonderlich viele. Der Rest der KollegInnen wird oft mit nachgerade unterirdischen, seit Jahren stagnierenden Zeilen- und Bildhonoraren abgespeist und meist noch genötigt, alle Urheberrechte an den Verlag abzutreten. Ohne weiteres Entgelt. Dieses Klagelied ist bekannt und schon vielfältig gesungen worden. Möglicherweise können zumindest die hauptberuflichen Freien in naher Zukunft schon eine neue Melodie anstimmen, und sich auf feste Vergütungsregeln für alle Freie berufen, die bundesweit für alle Tageszeitungen gelten. Der Gesetzgeber wollte dies mit dem Urhebergesetz aus dem Jahre 2002 und deshalb haben sich Vertreter des BDZV und der Journalistengewerkschaften zusammengesetzt, um sich über eine „angemessene Vergütung“ zu unterhalten. Etwa drei Jahre wurde in zwanzig Verhandlungsrunden verhandelt. Zwar sind noch nicht alle

Stolpersteine aus dem Weg geräumt, aber eine Annäherung der Vertragspartner ist spürbar.

Strittig ist derzeit noch die Frage, für wen dieses rechtlich einklagbare Regelwerk gelten soll, also wer unter die Definition hauptberuflicher Freier fällt. Da könnte zum Beispiel die KSK-Zugehörigkeit als Kriterium ins Spiel kommen. In der Verhandlungsmasse sind noch die Honorarsätze, also die Frage wie das Zeilengeld in der Erst- und Zweitverwertung konkret aussehen soll, da könnte es besonders für die AutorInnen auflagenschwächerer Blätter deutliche Verbesserungen geben.

„Die Vergütungsregeln werden nicht von heute auf morgen bei allen Verlagen umgesetzt werden“, glaubt der Jurist Wolfgang Schimmel, der zusammen mit Rüdiger Lühr für die dju in ver.di verhandelt. „Perspektivisch werden sie sich aber daran halten. Dafür muss Druck gemacht und Aktionen zur Durchsetzung geplant werden. Dann haben wir endlich einen Branchenstandard, der die Rechte einräumt und die Vergütungshöhe verbindlich regelt.“

Die nächste Verhandlungsrunde findet am 5. Juni statt. **fbi**

Medienvielfalt nur noch zum Schein gewahrt

Jusos auf der Suche nach der Pressefreiheit

Mönchengladbach. Es gibt sie auch in der Bundesrepublik Deutschland nicht wirklich – die grundgesetzlich verankerte Pressefreiheit. Diese These vertrat dju-Landesvorstandsmitglied Martin Krehl bei einer Veranstaltung der Jungsozialisten in Mönchengladbach. Im Rahmen der Ausstellung „100 Fotos für die Pressefreiheit“ der Initiative Reporter ohne Grenzen hatten sich Interessierte in Mönchengladbach u.a. mit der Situation von verfolgten JournalistInnen auf allen Erdteilen auseinandergesetzt. Die Jusos hatten u.a. auch einen tür-

kischen Autor zu Gast, der über die Behinderungen der Meinungsfreiheit in der Türkei berichtete. Martin Krehl berichtete aus dem Alltag nordrhein-westfälischer Redaktionen – Schwerpunkt der Darstellung waren die menschenverachtenden Praktiken des Dortmunder Geschäftsmannes Lambert Lensing-Wolff bei der Münsterschen Zeitung und die Gebietsbereinigungen der Zeitungsverlage im Ruhrgebiet.

Auch die Praxis der WAZ-Mediengruppe Lokalredaktionen personell auszudünnen und damit nur dem Schein nach Medienvielfalt zu ge-

Erfolg vor dem BAG

WAZ durfte nicht kürzen

Berlin. Die WAZ-Gruppe hat ihren Redakteuren und Redakteurinnen nach dem Streik 2004 die Jahresleistung und/oder das Urlaubsgeld zu unrecht gekürzt.

Zu dieser Auffassung gelangte das Bundesarbeitsgericht im Februar 2007 in zwei getrennten Verfahren, in denen die dju in ver.di ihre Mitglieder juristisch vertrat. „Ein toller Erfolg“, freute sich ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel.

Helge Kondring hatte sich im Namen der betroffenen Redakteurinnen und Redakteure der WAZ-Gruppe erfolgreich gegen die - ebenfalls mit der Begründung des Streiks - gekürzte Jahresleistung gewehrt.

Vortrag und Diskussion

Die Zukunft der Lokalzeitung

Münster. Mit der Zukunft der Lokalzeitung wird sich auf Einladung der dju in ver.di und des Pressevereins Münster/ Münsterland Horst Röper vom Dortmunder Formatt-Institut befassen. Die Veranstaltung findet am Dienstag, 19. Juni, um 19.30 Uhr im DGB-Haus in der Zumsandstraße statt.

währleisten wurde dargestellt. Bei aller Kritik an den oft als unzureichend empfundenen Lokalzeitungen warb Krehl um Verständnis für die Situation der Redakteurinnen und Redakteure. Ihr Arbeitsalltag werde immer mehr verdichtet, Freiräume für gründliche Recherchen würden immer weniger.

Schuld an der oft inhaltlichen Verflachung des Medienangebotes sei das Profitstreben der Medien-Besitzer. Und die legten zunehmend Wert auf ein werbefreundliches und nicht allzu kritisches Umfeld für ihre Anzeigenkunden.



Landtag beschließt Gesetzesänderung

Schwarzer Freitag für den Bürgerfunk

Düsseldorf. Freitag, der 25. Mai 2007, wird als schwarzer Freitag in die Geschichte des Bürgerfunks eingehen. Mit den Stimmen der Regierungsparteien CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und Grünen beschloss der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, dass der Bürgerfunk werktags zukünftig von 21 bis 22 Uhr (statt bisher zwei Stunden von 20 bis 22 Uhr) und an Sonntagen und Feiertagen von 19 bis 21 Uhr (statt bisher vier Stunden von 18 bis 22 Uhr) ausgestrahlt werden muss. Immerhin elf Sender hatten ihren Lokalfunk bis dahin schon um 18 Uhr ausgestrahlt. Alle Beiträge müssen zukünftig einen klaren Bezug haben und in deutscher Sprache gesendet werden.

Außerdem entfällt die bisherige Landesförderung nach Sendeminuten. Sie wird durch eine Projektförderung auf Antrag ersetzt.

Aus Sicht der Opposition bedeuten die Änderungen das Aus für den Bürgerfunk. Die Grünen scheiterten mit einem Gegenantrag auf Ausweitung

der Sendezeit und Beibehaltung fremdsprachlicher Angebote. Der Landesverband Bürgerfunk hat wegen Einschränkung der Meinungsvielfalt eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angedroht.

Nach Ansicht von Ralf Woelk, Vorsitzender des Vereins „Gewerkschaften für den Bürgerfunk“, wird so der Sinn und Zweck des Bürgerfunks in Frage gestellt. „Der Fortbestand der zurzeit rund 160 Radiowerkstätten ist durch die unklare Weiterfinanzierung stark gefährdet. Die Landesregierung schafft somit den Bürgerfunk nicht unmittelbar ab, aber sorgt durch die Rahmenbedingungen dafür, dass den Werkstätten die Grundlage für eine Weiterarbeit entzogen wird.“

Die 2002 eingeführten Institutionen Medienrat und Medienversammlung werden wieder abgeschafft, da sie nach Ansicht von CDU/F.D.P. nicht flexibel genug waren und zu viele Ressourcen der Landesanstalt für Medien (LfM) gebunden haben. Der Medienrat sei ein Organ „ohne Mehrwert“, hieß es. **fbi**

Grimme Online Award

20 Seiten nominiert

Marl. Das Grimme-Institut in Marl hat 20 Webprodukte für den Grimme Online Award nominiert. Eine Kommission wählte sie aus mehr als 1.300 eingereichten Vorschlägen aus. Auffälligster Trend ist die Weiterentwicklung im Bereich Online-Video. Weblogs sind mittlerweile eine feste Größe im Netz.

Aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich kommen nur vier der Nominierungen.

Ausgezeichnet werden Angebote in drei Kategorien. Zu den Finalisten im Bereich „Information“ gehören u.a. www.abgeordnetenwatch.de, eine Seite, über die Politikinteressierte Fragen an Bundestagsabgeordnete stellen können, die Kinderseite www.tivi.de/fernsehen/logo/start/index.html des ZDF und der

www.npd-blog.info. „Wissen und Bildung“ vermitteln u.a. die nominierten Seiten www.zeit.de/video von der „Zeit“, www.migration-audio-archiv.de/audioweb und das interaktive ZDF-Angebot <http://modul.global.zdf.de>.

Nochmals vertreten ist die „Zeit“ in der Kategorie „Kultur und Unterhaltung“ mit dem Gruppen-Weblog über Österreich <http://blog.zeit.de/oessterreich/>.

Zu den weiteren Finalisten in der Sparte gehören das Portal www.polylog.tv des Rundfunks Berlin-Brandenburg und die Seite <http://www.lastfm.de>, über die Nutzer ihr eigenes Musikprogramm zusammenstellen können.

Die Preisträger werden am 20. Juni in Köln bekannt gegeben.

Verstoß

Presserat rügt Kölner Stadt-Anzeiger

Köln/ Bonn. Der Kölner Stadt-Anzeiger wurde jetzt vom Presserat gerügt, weil der Ausschuss eine Einflussnahme geschäftlicher Interessen Dritter auf einen redaktionellen Artikel feststellte. In einem Gastbeitrag hatte der Inhaber einer Hotelkette ein Hotel an der Côte d'Azur in höchsten Tönen gelobt. Dieses Hotel hatte er kurze Zeit nach Erscheinen des Artikels selbst übernommen. Dies ist nach Meinung des Ausschusses ein Verstoß gegen Ziffer 7: Die Verantwortung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit gebietet, dass redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter oder durch persönliche wirtschaftliche Interessen der Journalistinnen und Journalisten beeinflusst werden. Verleger und Redakteure wehren derartige Versuche ab und achten auf eine klare Trennung zwischen redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken.

Arbeitslosenversicherung

Verfahren ruhen

Berlin. An den meisten Sozialgerichten in Deutschland ruhen derzeit die Verfahren derjenigen KollegInnen, die sich noch nachträglich in die freiwillige Arbeitslosenversicherung einklagen wollen, nachdem die Bundesregierung kurzfristig die Fristen verkürzt hatte. Jetzt soll zunächst eine vom Sozialgericht in Koblenz beantragte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in dieser Sache abgewartet werden.

Impressum:

Herausgeber: Landesvorstand der dju in ver.di NRW.
 Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Willi Vogt, Karlstr. 123 - 127, 40 210 Düsseldorf
 Redaktion und Produktion:
 Dr. Frank Biermann (fbi)
 (drfrankbiermann@gmx.de)
 eMail: Jutta.Klebon@verdi.de